

# Statistik der Gesetzgebung – Überblick 18. Wahlperiode

Stand der Datenbank: 15.01.2014

<b>1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben</b>	<b>22</b>
Regierungsvorlagen	3
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	3
Gesetzesanträge von Ländern	8
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	2
Initiativen des Bundestages	11
<b>2. Beim Bundestag eingebracht</b>	<b>18</b>
Regierungsvorlagen	3
Initiativen des Bundesrates	4
Initiativen des Bundestages	11
CDU/CSU, SPD	3
DIE LINKE	6
Bündnis 90/Grüne	2
<b>3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt</b>	<b>11</b>
<b>4. Vom Bundestag verabschiedet</b>	<b>4</b>
Regierungsvorlagen	1
Initiativen des Bundesrates	2
Initiativen des Bundestages	1
CDU/CSU, SPD	1
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0
<b>5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse</b>	<b>4</b>
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	0

## 6. Vermittlungsverfahren

Gesetzesbeschlüsse des Bundestages,  
zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde 0

Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses 0

Anrufungen durch den Bundesrat 0

Anrufungen durch die Bundesregierung 0

Anrufungen durch den Bundestag 0

## 7. Verkündungen 4

als zustimmungsbedürftig verkündet 3

als nicht zustimmungsbedürftig verkündet 1

Regierungsvorlagen 1

Initiativen des Bundesrates 2

Initiativen des Bundestages 1

CDU/CSU, SPD 1

DIE LINKE 0

Bündnis 90/Grüne 0

Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von  
Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss) 0

Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative \* 0

\* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.